Die post-utopische Revolte

Die Erben von '68 und der neue Marsch durch die Institutionen

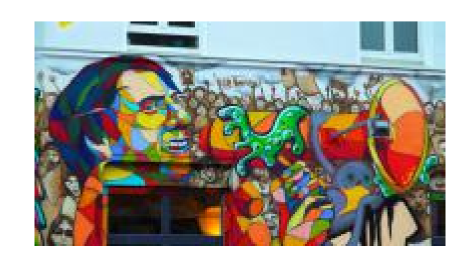


Foto: Garret Alfert: "IMG_0063" (Attribution License)

von Steffen Vogel

Das hatte sich die rebellische Jugend von einst anders vorgestellt. Ein halbes Jahrhundert ist seit dem großen Aufbruch von 1968 vergangen, als dessen Beginn in der Bundesrepublik der tödliche Schuss auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 gilt. Und fünfzig Jahre danach floriert die Kritik an jenem Establishment, gegen das die außerparlamentarische Opposition seinerzeit anrannte. Inzwischen aber geben sich selbst langgediente Karrierepolitiker als Streiter gegen das System. Bei den diesjährigen Präsidentschaftswahlen in Frankreich etwa betonten alle fünf großen Kandidaten wahlweise ihre Distanz zur eigenen Parteispitze, wenn nicht gar zum gesamten politischen Betrieb. Der lauteste Protest gegen die Etablierten kam auch dort, wie so oft in jüngster Zeit, von rechts außen. In Deutschland gefallen sich rechte Kräfte ebenfalls seit Jahren in der Rolle der einzig wahren außerparlamentarischen Opposition. Pegida betont seinen Bewegungscharakter, und die Identitären kopieren Dresscodes und Aktionsformen linker Jugendkulturen.

Haben sich die 68er also gewissermaßen zu Tode gesiegt, wie oft behauptet wird? Bilden sie heute selbst den Mainstream, gegen den sich nun ein Aufbegehren von rechts richtet? Selbst in der viel zitierten Kampfansage von AfD-Vize Jörg Meuthen an das „links-rot-grün-verseuchte 68er-Deutschland" spiegelt sich, wenn auch unter umgekehrten Vorzeichen, eine Deutung, die keineswegs nur von Rechtspopulisten geteilt wird: 1968 steht symbolisch nicht zuletzt für eine „Fundamentalliberalisierung der Bundesrepublik" (Jürgen Habermas), und dieser Befund lässt sich ähnlich für andere westliche Länder treffen. In der Tat sind die seit damals erstrittenen Freiheitsgewinne inzwischen stark verankert, sei es die Infragestellung von traditionellen Hierarchien und Statusautoritäten, seien es die Rechte von Frauen oder die immer selbstverständlicher werdende öffentliche Präsenz von Minderheiten. Eine Rückkehr zum angeblich glücklichen *Status quo ante*, die heute überall im Westen Reaktionäre wie Alexander Gauland, Marine Le Pen oder Steve Bannon beschwören, ist längst unmöglich geworden.

Bei allem Zuspruch für diese reaktionären Kräfte kommt der Protest heute jedoch keineswegs nur von rechts, sondern auch von links. Seit Ausbruch der globalen Wirtschaftskrise von 2007 entzünden sich vielerorts Proteste an wachsender Ungleichheit und Austeritätspolitik, aber auch an mangelnder Demokratie – von der offenen Autokratie in Nordafrika bis zum „autoritären Liberalismus" in der Europäischen Union.[1] Viele dieser Bewegungen stehen, teils bewusst, teils unbewusst, in der Tradition des Aufbegehrens von 1968. In ihnen lebt der libertäre Impuls ihrer Vorgänger fort und ist sogar noch stärker geworden, da das Misstrauen in die gesellschaftlichen Eliten heute sehr viel verallgemeinerter ist als in den späten 1960er Jahren. Doch brechen die jüngsten Bewegungen an einem entscheidenden Punkt mit der Tradition der 68er: Sie orientieren sich verstärkt an institutioneller Macht. Das resultiert aus einem allgemeinen Utopieverlust, entspringt aber auch einem politischen Pragmatismus, der aus unmittelbarer Not geboren ist und auf schnelle Sozialreformen drängt.

Die 68er waren noch von massivem utopischem Überschwang geprägt. Sogar die Weltrevolution schien ihnen denkbar, sofern sich die anti-kolonialen Befreiungskämpfe mit der Revolte der westlichen Jugend verbinden ließen. „Geschichte ist machbar", postulierte Rudi Dutschke in der Tradition der Marx'schen Geschichtsphilosophie. Aus dieser Haltung entsprang eine oft radikale Verweigerung gegenüber der eigenen Gesellschaft. Wenn dies heute kaum noch vorstellbar erscheint, so zeugt dies nicht zuletzt vom kulturellen und sozioökonomischen Wandel der letzten fünfzig Jahre.

Utopien haben in diesen Jahrzehnten ihren Reiz, wenn nicht gar ihre Unschuld, verloren, und das nicht nur aufgrund des 1989 endgültig manifest gewordenen Scheiterns des Realsozialismus, das auch andere linke Alternativen in Mitleidenschaft gezogen hat. Gleichzeitig eignete sich so mancher Unternehmer Ideen aus der Gegenkultur an und beraubte sie dabei ihrer systemkritischen Spitze – oder legte vielleicht auch nur eine Tendenz frei, die in diesen Vorstellungen immer schon enthalten war. Ein Paradebeispiel dafür ist das Silicon Valley, wo libertäre Impulse teils ultraliberal gewendet wurden. Das gilt etwa für die Vorstellung, dass gesellschaftlicher Wandel gegen den Staat erkämpft werden muss, beginnend mit alternativen Formen des Zusammenlebens, so Fred Turner, der als Ideenhistoriker des Silicon Valley gilt.[2] Die digitalen Pioniere hätten diese gegenkulturellen Ideen aufgenommen und umformuliert. Seitdem heißt es: Die richtigen Technologien können unser Zusammenleben revolutionieren und uns so befreien. Jetzt aber hat sich ausgerechnet Donald Trump diese Technologien zu eigen gemacht, und einige Rechtslibertäre aus dem Silicon Valley wie der PayPal-Gründer Peter Thiel unterstützen ihn sogar. „Das Kommunen-Ethos der Sechziger war gegen das des Staates geboren. Und das ist jetzt ein Problem, denn das Einzige, was uns vor Donald Trump schützt, sind liberale Institutionen", so Turners bitteres Resümee.

Zudem hat die Skepsis gegenüber weltlichen Erlösungsversprechen, gepaart mit technologischen Machbarkeitsvorstellungen und einem ausgeprägten Individualismus, vielfach zu einer Verlagerung des Politischen in den Alltag geführt. Kritischer Konsum ersetzt vielfach das strukturelle Hinterfragen von ungerechten Handelsstrukturen. Das ist ein paradoxer Erfolg der 68er. Deren Losung „Das Private ist politisch" bedeutet heute oftmals: „Nur noch das Private ist politisch" oder zumindest: „Das Politische interessiert mich vorrangig im Privaten." Die nachfolgenden Generationen sind aber auch insofern Erben der 68er, als sie von der größeren gesellschaftlichen Offenheit profitieren. Heute werden Subkulturen eher kommerziell vereinnahmt als bekämpft. Die letzte Jugendkultur, die noch auf Verweigerung und Bruch setzte, schreibt der Kulturtheoretiker Mark Fisher, war Grunge in den 1990er Jahren. Seitdem, so seine düstere Diagnose, dominiert ein „kapitalistischer Realismus", der den Horizont politischen Denkens verengt: Eine andere Welt erscheint schlicht undenkbar.[3]

Utopieverlust und Prekarität

Dies hat jedoch nicht zuletzt soziale Gründe, denn der Optimismus der 1960er Jahre lässt sich nicht ohne den damaligen ökonomischen Aufschwung verstehen. Die nach dem Zweiten Weltkrieg ausgebauten Sozialstaaten begünstigten Individualität, da sie eine neue, bisher ungekannte Unabhängigkeit von traditionellen, familiären Bindungen erlaubten. Die langanhaltende Wachstumsphase stärkte das Sicherheitsgefühl. Und die globale Bildungsexpansion verhalf vielen Jugendlichen zu größerem Selbstbewusstsein – auch zum Widerspruch gegen autoritäre und patriarchale Strukturen und Mentalitäten. Erst vor diesem Hintergrund eröffnete sich der Raum für Experimente und Utopien. In diesem Sinn war das damalige Aufbegehren post-materiell und wandte sich nicht zuletzt gegen die Entfremdung in den westlichen Überflussgesellschaften.

Postmateriellen Aktivismus gibt es zwar auch heute, in Deutschland etwa beim Anti-Kohle-Protest oder in der Degrowth-Bewegung. Aber zumeist findet das Engagement nunmehr unter gänzlich anderen Rahmenbedingungen statt – die ihm erneut eine materielle Orientierung verleihen. So ist etwa die Bildungsexpansion seit den 1960er Jahren weiter vorangeschritten und hat einem noch höheren Anteil des jeweiligen Jahrgangs zu Abitur und Studium verholfen. Doch schon vor der Wirtschaftskrise von 2007 galt vielerorts ein Uniabschluss nicht mehr als Garantie, sondern eher als Grundvoraussetzung, um überhaupt einen Job zu bekommen. Selbst in führenden Volkswirtschaften wie Großbritannien und Frankreich war die Jugendarbeitslosigkeit schon Mitte der 2000er Jahre überdurchschnittlich hoch und waren prekäre Arbeitsverhältnisse weit verbreitet. Krise und Austeritätspolitik haben dies vielerorts gravierend verschärft und insbesondere in Südeuropa zu massiver Verarmung und teils zum Absturz ins Elend geführt.

Diese verbreitete Unsicherheit lässt zum einen antibürgerliche Lebensentwürfe regelrecht abschreckend wirken. Bohème-Existenz und Biolandkommunen sind heute zuweilen nicht mehr gelebte Sehnsuchtsvorstellungen, sondern Notbehelfe in schweren Zeiten. So gewinnt die Stabilität bürgerlicher Verhältnisse neue Attraktivität, und die Gegenkultur schrumpft. [4] Zum anderen führt die Prekarität zu einer Orientierung an praktischen Notwendigkeiten. Das alltägliche Leiden an den Verhältnissen muss schnell – und nicht erst nach einer fernen Revolution – beendet oder gelindert werden. Daher kämpfen neue Bewegungen oft um soziale Absicherung, sei es durch einen sektoralen Mindestlohn, sei es durch die Verankerung sozialer Rechte in der Verfassung. Selbst wenn, wie in den USA, wieder von Sozialismus gesprochen wird, zielt das meist auf realisierbare Verbesserungen für breite Bevölkerungsgruppen – und letztlich auf den europäischen Sozialstaat (vor seiner neoliberalen Demontage). Mit dem Anwachsen nationalistischer Strömungen und insbesondere seit dem Wahlsieg Donald Trumps erscheinen zudem Institutionen als verteidigungswürdig, die 1968 noch radikal infrage gestellt wurden, etwa die Gerichte oder das Parlament.

Mit dieser starken sozialen Orientierung holen die heutigen Bewegungen das ein, was die 68er vernachlässigt haben oder was ihnen nicht glückte: die Verbindung von „Künstler- und Sozialkritik".[5]Außer in Italien gelang seinerzeit nirgendwo ein dauerhaftes Bündnis zwischen Studierenden und Industriearbeitern. Und nachdem die Theoretiker der neuen Linken zu Recht den Ökonomismus – der insbesondere für die Kommunistischen Parteien prägend war – verworfen hatten, gerieten Ungleichheit, Armut und Reichtum zunehmend aus dem Fokus. Stattdessen dominierten Teilbereichskämpfe, zuweilen noch in der Hoffnung, die neuen Subjekte – Frauen, Schwule, Einwanderer, Psychiatrieinsassen – könnten zur Revolution der Arbeiter beitragen, weil sich ihre Kämpfe gegen dieselben Gegner richteten, etwa multinationale Konzerne oder die Polizei.[6] Noch weiter ging Herbert Marcuse: Für ihn war das Proletariat längst saturiert, weshalb radikaler Wandel nur von Randgruppen, in den USA etwa den Ghettobewohnern, ausgehen könne.[7]

Die Kontinuität libertären Denkens

Solche Ideen verbreiteten sich seinerzeit ebenso weltweit wie die neuartigen Protestformen. Das Sit-in beispielsweise fand von der schwarzen Bürgerrechtsbewegung seinen Weg an die US-Universitäten und wurde von dort nach Westeuropa exportiert. Heute vollzieht sich dieser Austausch über soziale Medien noch erheblich schneller als damals. So waren die Proteste spanischer Jugendlicher 2011 inspiriert von Großdemonstrationen gegen Prekarität im benachbarten Portugal. Die Besetzung öffentlicher Plätze wiederum verbreitete sich in jenem Jahr von Ägypten über Griechenland bis in die USA zu Occupy Wall Street. Seitdem wurden diese Protestformen und bestimmte Verhaltensweisen – wie Handzeichen statt Applaus –

immer wieder aufgegriffen, etwa 2013 bei den türkischen Gezi-Protesten oder zuletzt seit 2016 in Frankreich bei Nuit debout. Getragen werden diese Bewegungen zudem überall von „Absolventen ohne Zukunft",[8] Uniabgängern, die nicht selten hohe Studienkredite zurückzahlen müssen, oft nur prekäre Jobs finden und damit rechnen müssen, dass es ihnen materiell schlechter gehen wird als noch ihren Eltern. Dazu stoßen vielerorts die Gewerkschaften und zuweilen die städtische Armutsbevölkerung.

All diesen Platzbesetzungen ist gemein, dass sie scheinbar politisch scheiterten. Irgendwann verliefen sich die Versammlungen oder wurden von der Polizei geräumt, und weder in Europa noch in den USA sahen sich die Regierungen zu einem Kurswechsel genötigt. Auf den zweiten Blick ergibt sich indes ein anderes Bild. Viele Aktivisten erkannten, dass ihre bisherigen Strategien zwar die Vereinzelung überwinden halfen, aber zu symbolisch blieben und sich nicht auf Dauer stellen ließen. Sie strömten daher in bestehende Organisationen und Parteien oder gründeten neue. In Spanien beispielsweise wuchs durch diesen Zulauf ab 2011 die Plattform der Hypothekengeschädigten (PAH) zu einer landesweit vertretenen Organisation heran. Die PAH verhindert mit zivilem Ungehorsam die Zwangsräumung überschuldeter Wohnungsbesitzer, sie vermittelt aber auch zwischen Banken und Schuldnern und wirbt für konkrete Reformen. Ihre langjährige Sprecherin Ada Colau wurde 2015 zur Bürgermeisterin von Barcelona gewählt.

Ein ähnliches Bild zeigt sich in den USA, wo Occupy Wall Street eine vielfältige Protestdynamik inspiriert hat. Dazu gehört etwa Black Lives Matter, eine Bewegung, die seit Jahren die tödliche Polizeigewalt gegen schwarze Jugendliche skandalisiert.[9] Die Bewegung profitierte nach Ansicht ihrer Vordenkerin Keeanga-Yamahtta Taylor bei ihrer Gründung enorm davon, dass Occupy die soziale Frage wieder auf die Agenda gesetzt hatte. Schließlich ist die Armutsquote unter Afroamerikanern ungleich höher als unter Weißen und geht oft Hand in Hand mit Entrechtung und Kriminalisierung. Taylor plädiert daher für eine Erneuerung der Bürgerrechtstradition, wobei vor allem die Ungleichheit bekämpft werden müsse: „Schwarzes Leben kann sich nicht wandeln, wenn das Land überall brennt. Das Feuer, das die Vereinigten Staaten verzehrt, wird genährt von der weit verbreiteten Entfremdung durch Niedriglöhne und sinnlose Arbeit, unerschwingliche Mieten, erstickende Schulden und die Langeweile der Armut."[10]

Andere Bewegungen, die nach dem Verebben von Occupy auflebten, konzentrieren sich vollständig auf sozio-ökonomische Fragen, darunter Fight for 15, eine bundesweite Initiative von Beschäftigten aus dem Niedriglohnsektor, die für einen Mindestlohn von 15 US-Dollar die Stunde kämpft. Damit kontern sie den „progressiven Neoliberalismus"[11] jener Alt-68er, die zwar für Minderheiten eintreten, zugleich aber neoliberal sind. Der Aufschwung der US-Bewegungen verstärkt sich seit Trumps Wahlsieg, der bei progressiven und linken Kräften eine enorme Trotzreaktion ausgelöst hat. Sie fand einen ersten sichtbaren Ausdruck im *Women's March on Washington*, der am Wochenende von Trumps Inauguration landesweit über drei Millionen Menschen auf die Straße brachte – eine der größten Demonstrationen der US-Geschichte.[12]

Von dieser revitalisierten Proteststimmung profitiert auch eine Gruppe, die 1982 von 68ern gegründet wurde: die Democratic Socialists of America (DSA) rund um Barbara Ehrenreich, Frances Fox Piven, Gloria Steinem und Cornel West.[13] Nachdem sie bereits viele ehemalige Occupy-Aktivisten angezogen hat, wächst ihre Attraktivität unter jungen Amerikanern derzeit enorm. Seit Trumps Wahlsieg hat sich ihre Mitgliedschaft mehr als verdoppelt, auf derzeit 20 000 Menschen. Die DSA will monothematische Bewegungen unter ihrem Dach bündeln, tritt aber bewusst nicht als Partei an, sondern unterstützt ihr nahestehende Kandidaten der

Demokraten. Das verschafft ihr – trotz nach wie vor überschaubarer Größe – einen wachsenden Einfluss auf den erstarkten linken Flügel der Partei. In Michigan und Kalifornien stellen demokratische Sozialisten inzwischen einen Großteil des Parteivorstands.[14] Auch die DSA fordert einen Mindestlohn von 15 Dollar, kritisiert Freihandelsverträge und will Studiengebühren abschaffen. Langfristig tritt sie für einen skandinavischen Wohlfahrtsstaat ein. Mit diesem Programm erzielte die DSA jüngst Erfolge bei Lokalwahlen und stellt seitdem Bürgermeister – eine Parallele zu Bernie Sanders, der lange im Rathaus von Burlington im Bundesstaat Vermont saß. Ohnehin verkörpert Sanders geradezu die Kontinuität zwischen dem Aufbruch der 1960er Jahre und den heutigen Bewegungen. Einst stritt er gegen Segregation und den Vietnamkrieg, heute stehen 70 Prozent der unter 30jährigen Demokraten hinter ihm.[15]

Volkssouveränität gegen Oligarchie

Doch die Kontinuität von 1968 bis heute erschöpft sich nicht in Personen oder der gelegentlichen Übernahme von Slogans. Sie reicht weit tiefer und betrifft das libertäre Selbstverständnis der Bewegungen. Mit ihrem Anti-Autoritarismus haben die 68er einen Maßstab gesetzt und eine Tradition begründet. Seitdem sind in allen großen Bewegungen neo-anarchistische Ideen verbreitet, von der Ökobewegung der 1980er Jahre bis zu den Globalisierungskritikern um die Jahrtausendwende. Die Aktivisten misstrauen staatlichen Institutionen sowie Firmen und Banken, die sie als Kontrollinstanzen wahrnehmen, gegen die sie ihre Freiheit erkämpfen müssen. Demgegenüber betonen sie Autonomie und Spontaneität sowie die Ablehnung formaler Hierarchien und Anführer. Dieser Zug findet sich auch in den jüngsten Bewegungen, die die Strukturlosigkeit teilweise soweit ins Extrem getrieben haben, dass etwa die deutsche Occupy-Bewegung massive Schwierigkeiten hatte, sich auf gemeinsame Strategien und Forderungen zu einigen.[16] Selbst wo die Versammlungsdemokratie der Platzbesetzungen einige Wochen lang funktioniert hat, wie etwa in Spanien, markiert sie den Höhepunkt einer antiinstitutionellen Tendenz.

Hinter dieser steht aber, so Paul Mason, mehr als nur die Übernahme und Weiterführung von Protesttraditionen. Sie reflektiert auch gesellschaftliche Veränderungen. In den jüngsten Bewegungen rebelliert der Prototyp des vernetzten Individuums gegen alte Hierarchien in Politik und Arbeitswelt. Der epochale technologische Wandel hat neue Mentalitäten hervorgebracht, die individualistisch und autoritätskritisch sind und auf spontane Kooperation setzen. Viele junge Protestierende bringen daher libertäre Vorstellungen mit, ohne dafür die anarchistischen Klassiker kennen zu müssen.[17]

Dennoch ist eines auffällig: Trotz dieser libertären Grundhaltung treten viele heutige Aktivisten den Marsch durch die Institutionen schneller an als jene vor fünfzig Jahren – und wollen durchaus regieren. Das zeigt sich in Südeuropa an Syriza oder Podemos und nicht zuletzt in den USA, wo ehemalige Occupy-Aktivisten nun Mandate bei den Demokraten anstreben oder den stellvertretenden Vorsitzenden des Democratic National Committee, Keith Ellison vom Sanders-Flügel, unterstützen.

Nach 1968 war der Marsch durch die Institutionen noch Ausdruck einer Ent-Radikalisierung – entgegen der ursprünglichen Erwartung Dutschkes, der diese Strategie 1967 formuliert hatte und mit ihr die Institutionen von innen revolutionieren wollte. Stattdessen markierte der Marsch die Abkehr von revolutionären Hoffnungen und die Hinwendung zu reformerischen oder zumindest reformistischen Strategien. Gemessen an den eigenen utopischen Erwartungen war dies Ausdruck eines Scheiterns. Viele westdeutsche 68er, die sich nicht frühzeitig den Jusos angeschlossen hatten, benötigten denn auch zehn Jahre und mehr, bis sie diesen Schritt gingen, zumeist bei den neu gegründeten Grünen. Heute ist dies insofern

anders, als viele Aktivisten nicht mehr die Überwindung des Kapitalismus ins Auge fassen. Ihre Kritik am Parlamentarismus weist aber durchaus ähnliche Züge auf wie die der 68er. Zwar fordern sie nicht mehr Räterepublik und Kommunismus und gilt ihnen die Demokratie nicht mehr bloß als Fassade „bürgerlicher Herrschaft". Doch auch bei ihnen findet sich die Vorstellung, das repräsentative System bringe nicht die Mehrheitsinteressen zur Geltung, sondern bediene die Wirtschaftseliten. Für Sarah Leonard, eine der wichtigsten Intellektuellen aus dem Occupy-Umfeld, steht denn auch fest: „Die Vereinigten Staaten sind heute faktisch eine Oligarchie."[18] Ähnlich argumentieren Denker aus den Reihen der spanischen Indignados oder jüngst der linke französische Präsidentschaftskandidat Jean-Luc Mélenchon. Wenn die heutigen Aktivisten eine „wahre Demokratie" fordern, ist das daher stets auch ökonomisch gemeint. Es geht ihnen um „Volkssouveränität, verstanden als die Fähigkeit einer politischen Gemeinschaft zur kollektiven Kontrolle ihres Schicksals gegen die Einmischung verschiedener Oligarchien: die Troika, globale Märkte, Finanzspekulanten, Lobbyisten sowie korrupte und autoritäre Politiker, denen vorgeworfen wird, Demokratie und Bürgerschaft ihrer Substanz zu berauben."[19] Diese Zuspitzung macht sie allerdings anfällig für den Populismus: Hier die ökonomisch benachteiligte Mehrheit und ihre einzig legitime Vertretung, dort die Reichen und die von ihnen korrumpierten Parteien.

Das verweist auf einen von drei grundlegenden Widersprüchen, die die heutigen Aktivisten aushalten müssen: erstens, in ebenjenen Institutionen zu arbeiten – und sie zu verändern –, denen nicht nur sie, sondern auch weite Teile der Bevölkerung misstrauen. Gerade angesichts dessen gilt es, den politischen Pluralismus gegen populistische Verengung zu bewahren. Sanders und seinem Umfeld gelingt dies von all diesen Kräften am besten, schon weil der Senator aus Vermont dem politischen Gegner nie die Legitimität abspricht.

Aber auch er steht, zweitens, vor dem Widerspruch zwischen drängenden Erwartungen und langsam erreichten Veränderungen: Nur selten ist es diesen Kräften gelungen, die Protestdynamik in eine schnelle Regierungsübernahme umzumünzen. Außer Syriza in Griechenland – die ihre Ausstrahlungskraft jedoch eingebüßt hat – stellen die neuen oder verjüngten Parteien lediglich Regionalregierungen oder Bürgermeister. Ihre Anhänger sind allerdings überwiegend jung und haben eine entsprechend lange politische Zukunft vor sich. So besteht das für die kommenden Jahre entscheidende soziale Phänomen bei den US-Präsidentschaftswahlen laut Mike Davis nicht in der seit langem bekannten Agonie des *Rustbelt*, sondern in der blockierten Mobilität oder gar Abwärtsbewegung der Hochschulabsolventen, vor allem jener aus Arbeiter- oder Migrantenfamilien – und die wählten Sanders.[20]

Drittens besteht eine Spannung zwischen dem sozialen Pragmatismus dieser Kräfte und der nötigen Orientierung an langfristigen, „großen" Fragen: Welche Wachstumsstrategie kann die Armut beseitigen, ohne dabei den Klimawandel weiter anzuheizen? Oder sollte man angesichts knapper Ressourcen und steigender Meeresspiegel ganz vom Wachstum Abschied nehmen?

Eines steht schon jetzt fest: Die vergangene Krisendekade hat nicht nur den Aufstieg der Nationalisten hervorgebracht, sondern vielerorts auch eine politisierte jüngere Generation. Sie reagiert auf den vielfachen Wunsch nach Veränderung und die verbreitete Empörung, und sie sucht nach linken Antworten. Von der kulturrevolutionären Durchschlagskraft der 68er und ihrem ungebrochenen Fortschrittsoptimismus ist sie zwar weit entfernt. Aber sie sorgt schon jetzt für eine politische Belebung, die in Zeiten wie diesen dringend gebraucht wird.

[1] Hans Kundnani, Der deutsche Neoliberalismus und die Krise Europas, in: „Blätter“, 9/2016, S. 75-84.

[2] Vgl. Tal der Ahnungsvollen, in: „Süddeutsche Zeitung“, 9.3.2017.

[3] Mark Fisher, Capitalist Realism. Is There No Alternative?, Winchester und Washington 2009.

[4] Albrecht von Lucke, 68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht, Berlin 2008.

[5] Vgl. Ève Chiapello und Luc Boltanski, Befreiung vom Kapitalismus? Befreiung durch Kapitalismus?, in: „Blätter“, 4/2000, S. 476-487.

[6] Michel Foucault, Die politische Funktion des Intellektuellen, in: ders., Dits et Ecrits. Schriften Bd. III, Frankfurt a. M. 2003, S. 145-152; Gilles Deleuze und Michel Foucault, Die Intellektuellen und die Macht, in: Michel Foucault, Von der Subversion des Wissens, Frankfurt a. M. 1987, S. 106-116.

[7] Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Frankfurt a. M. 1967.

[8] Paul Mason, Why it's still kicking off everywhere. The New Global Revolutions, London und New York 22013, S. 66 ff.

[9] Wesley Lowery, „They Can't Kill Us All”. The Story of Black Lives Matter, London 2017.

[10] Keeanga-Yamahtta Taylor, How We Get Free, www.jacobinmag.com, 26.10.2015.

[11] Nancy Fraser, Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus, in: „Blätter“, 2/2017, S. 71-76.

[12] Amanda Hess, Alle gegen Trump: Amerikas neue Frauenbewegung, in: „Blätter“, 3/2017, S. 69-80.

[13] John Nichols, The Next Generation of Democratic Socialists Has Started Winning Local Elections, www.thenation.com, 13.4.2017.

[14] Justin Mitchell, Democratic Socialists make headway in U.S. after Trump's win, www.reuters.com, 21.2.2017.

[15] Jan-Werner Müller, Sozialismus: Eine amerikanische Tradition?, Deutschlandfunk, 23.10.2016.

[16] Steffen Vogel, Occupy am Scheideweg, „Blätter“, 1/2012, S. 9-12.

[17] Mason, a.a.O.

[18] Sarah Leonard, Einleitung, in: Sarah Leonard und Bhaskar Sunkara (Hg.), Die Zukunft, die wir wollen. Radikale Ideen für eine neue Zeit, Berlin u.a. 2016, S. 7-18, hier: S. 9.

[19] Paolo Gerbaudo, The Mask and the Flag, Populism, Citizenism and Global Protest, London 2017, S. 6.

[20] Mike Davis, Not a Revolution – Yet, www.versobooks.com, 15.11.2016.

(aus: »Blätter« 6/2017, Seite 101-108)

Themen: Soziale Bewegungen, Geschichte und Parteien